



# DIESE GRÜNEN!

## JVA-Ronsdorf - Bedenken und Alternativen einfach ignoriert

Am 17.04.2008 ist es soweit: Der Regionalrat in Düsseldorf wird gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN den Weg für den umstrittenen Bau einer Jugendvollzugsanstalt im Naturschutzgebiet freimachen. Rechtlich braucht es dazu eine

Änderung des Regionalplanes, damit der Flächennutzungsplan umgeschrieben und das Bauleitplanverfahren eingeleitet werden kann. So viele Hürden nimmt der Regionalrat für ein unsinniges Vorhaben in Kauf – dabei gibt es klare Alternativen und zahl-

reiche schwerwiegende Argumente gegen eine Bebauung des naturschutzwürdigen ehemaligen Langwaffen-Schießstandes und anderer Flächen im Landschaftsschutzgebiet Scharpenacken/Erbschlö. All dies wird ignoriert. Stellvertretend für die

Wuppertaler Umweltverbände möchten wir dem Rheinischen Verein für Denkmalpflege und Landschaftsschutz an dieser Stelle Gelegenheit geben, die Ablehnung der Pläne der Landesregierung und der Ratsmehrheit zu kommentieren:

## Naturschutz oder wirtschaftlicher Vorteil

Die Landesregierung beabsichtigt, auf dem ehemaligen Truppenübungsplatz Scharpenacken die Bereitschaftspolizei, die Justizvollzugsanstalt und zwei Landesschulen anzusiedeln. Dieses Vorhaben widerspricht nicht nur den Belangen von Umwelt, Denkmalschutz und Städtebau. Die Verfahren, die das Planungsrecht und die Baugenehmigung begründen sollen, sind auch aus rechtsstaatlicher Sicht bedenklich. Das Vorhaben beeinträchtigt einen großen unzerschnittenen Landschaftsraum und zerstört ein potenzielles Naturschutzgebiet, den ehemaligen Langwaffen-Schießstand. Dieser ist Lebensraum von vielen geschützten Pflanzen- und Tierarten und gehört zu den wertvollsten Wuppertals. Und: das Landschaftsbild wird durch das große Bauwerk der JVA beeinträchtigt, das Baudenkmal „Langwaffen-Schießstand“ zerstört. Aus der heutigen Polizeikaserne an der Müngstener Straße wird nach dem Auszug der Polizei eine neue Stadtbrache entstehen, die nicht oder nur schwer wieder genutzt werden kann. In der stark schrumpfenden Stadt Wuppertal finden sich bereits

viele Brachen. Auf dem Gelände der Polizei müssen große Gebäude abgebrochen werden, die erst in den letzten Jahren für die Polizei modernisiert wurden, wie Unterkünfte und ein Hallenschwimmbad. Für die Polizei gibt es keinen zwingenden Grund, ihren bisherigen Standort aufzugeben, er könnte modernisiert werden. Gegenüber einem Neubau würde das Land so viele Millionen sparen. Die Umweltverbände und die Ratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN wollen Natur und Landschaft schützen und städtebauliche Brachen vermeiden und schlagen umweltfreundliche Standortalternativen vor. Die Landesregierung hat sie strikt abgelehnt. Es entsteht zunehmend der Eindruck, dass die Entscheidung der Landesregierung von Anfang an feststand. Der Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW begründet die Notwendigkeit, die vier Landeseinrichtungen auf einem Standort anzusiedeln, ausschließlich mit „Synergieeffekten“. Diese sind nicht nachprüfbar. Andere Kosten, wie etwa Baukosten, werden nicht genannt. Die Bezirksregierung Düsseldorf hat die Antrags-Unterlagen



der Landesregierung ungeprüft übernommen. Die Gesetze zur Raumordnung, zum Denkmalschutz und zum Naturschutz werden zum Vorteil des Vorhabens ausgelegt.

Der Umweltbericht zielt nicht auf den Schutz der Umwelt, er zeigt vielmehr Möglichkeiten auf, wie die Vorschriften zum Schutz der Umwelt umgangen werden können. Gesetze werden zurechtgebogen, dass es hörbar knirscht. Die Landesregierung hat die Änderung des Regionalplans zu genehmigen. In diesem Fall ist dies ihr eigener Antrag – sie wird ihn sich selbst genehmigen. Mit hoher Wahrscheinlichkeit haben sich die

Landesregierung und der Rat Wuppertals bereits jetzt über das Ergebnis des Bauleitplanverfahrens geeinigt. Die Kernfrage des Verfahrens lautet: Können die Schutzvorgaben von Natur und Landschaft zugunsten wirtschaftlicher Vorteile aufgehoben werden? Faktisch hat die Landesregierung zu Gunsten ihres eigenen Vorhabens entschieden, dass die Eingriffe in Natur und Landschaft zulässig sind. Sie hat die Macht, ihre Entscheidung auch durchzusetzen. Doch wer kontrolliert die Entscheidung der Landesregierung?

Haimo Bullmann

## Verkehrskonzept für den Umbau am Döppersberg

### ■ Vier Jahre lang Umwege

Er könnte das Herz der Stadt sein, ist aber vor allem laut, dreckig und fußgängerfeindlich: der Döppersberg. Um es deshalb gleich zu sagen: Wir sind für den neuen Döppersberg, für einen neuen Bahnhofsvorplatz, für einen neuen Busbahnhof.

Dass ein Verkehrsknotenpunkt nicht über Nacht zur Flaniermeile werden kann, ist klar. Wir wissen, dass der Umbau mehrere Jahre dauern und für die Menschen in Elberfeld viele Umstände im Alltag bringen wird. Umso mehr gilt es, diese Phase für sie erträglich zu gestalten. Die Verwaltung hat am 12. März das Verkehrskonzept für die Umbauphase vorgestellt. Der Busbahnhof soll für fast vier Jahre an den Wall verlegt werden. Die Busse sollen dann in beiden Richtungen durch die derzeit verkehrsberuhigte Einbahnstraße fahren und auch durch die Südstraße. Dafür müssen am Wall alle Bäume weg und die Bürgersteige verlegt werden.

Das sehen auch die Einzelhändlerinnen und Einzelhändler kritisch. Der intensive Busverkehr würde die City in zwei Hälften teilen. Wir schlagen daher vor, zumindest eine Alter-



native zu prüfen: Die Busse könnten weiterhin in eine Richtung durch den Wall und in der anderen Richtung über die Neumarktstraße, Kasinostraße und die Schlossbleiche fahren. Damit würde der Kasinokreisels erstmals ans Busnetz angeschlossen und die Bäume auf dem Wall könnten bleiben (schließlich wären sie nach den vier Jahren nicht einfach wieder nachgewachsen). Um den Busverkehr zum neuen Busbahnhof nicht zu behindern, sollen Autos die Straße Döppersberg möglichst umfahren. Die Durchfahrt vom Bahnhof zur Ronsdorfer Straße

oder in die Südstadt soll durch ein Einbahnstraßensystem (Vereinstraße, Adersstraße, Distelbeck) unattraktiv werden. Wir akzeptieren das, meinen allerdings, dass eine Bürgerversammlung nötig ist, um den Menschen in diesem Quartier die Pläne zu vermitteln. Um die Situation am viel befahrenen Robert-Daum-Platz zu entschärfen, möchte die Verwaltung den Verkehr aus der Südstadt statt über die Tannenbergsstraße durch die Alsenstraße zur Bundesallee leiten. Im Moment ist das wegen der Sanierung der Wupperbrücke am Robert-

Daum-Platz schon der Fall. Durch die Langzeit-Baustelle Döppersberg wird der Verkehr aber noch wachsen. Das wollen wir den Menschen an der Alsenstraße nicht für mehrere Jahre zumuten und fordern die Verwaltung auf zu überprüfen, ob es Alternativen zur Alsenstraße gibt. Gleichzeitig sollte man von der Tannenbergsstraße zweiseitig in Richtung Robert-Daum-Platz abbiegen können.

In der Sitzung der Bezirksvertretung Elberfeld am 2. April wurden Bürgerversammlungen von CDU und SPD abgelehnt. Der Prüfauftrag Neumarktstraße wurde erst gar nicht behandelt. Der Verkehrsausschuss entscheidet am 16. April – nach Redaktionsschluss. Zu vielen Details gibt es noch offene Fragen. Wir möchten, dass diese Fragen offen diskutiert und in den nächsten Wochen beantwortet werden. Der Döppersberg soll ein Gewinn für die ganze Stadt werden. Dazu gehört ein bürgerfreundliches Beteiligungsverfahren. Wenn das der Politik und der Verwaltung nicht gelingt, könnte der Döppersberg zum kontroversen Thema bei der Kommunalwahl 2009 werden.



## Guten Tag!

Liebe Leserinnen und Leser,

mit dieser Ausgabe unserer Fraktionszeitung zeigen wir Ihnen wieder viele Facetten der aktuellen Politik, die wir kritisch begleiten. Wir berichten über das bündnisgrüne Engagement im und um das Rathaus.

Was uns freut ist, dass wir diesmal viele Stimmen von außen dabei haben: Zum geplanten Aus der Cronenberger Hauptschule, das einen ganzen Stadtteil auf die Palme bringt, zum Beispiel. Oder zur Justizvollzugsanstalt, die CDU und SPD ohne Rücksicht auf Bedenken und Alternativen durchpeitschen. Ein Streetworker erzählt von seinem Erfolg gegen Jugendgewalt, und dann geht es noch um eine wichtige Facette im Wuppertaler Sport. Ein Skandal der Mächtigen ist übrigens auch dabei. Und Neues zur Kinderbetreuung in unserer Stadt (leider nichts Gutes).  
Übrigens: Hoffentlich wird's bald endlich Frühling!

Ihr Redaktionsteam

## AUS DEM INHALT

**Seite 2**  
**Kopfnote-Demo am 29.01. auf dem Rathausvorplatz**

**Seite 4**  
**Hühnerfarbik Fettenberger Weg**

**Seite 5**  
**Jugendgewalt wirksam vorbeugen**

**Seite 6**  
**WestLB: Auswirkungen auf Wuppertal**

## Stadt plant Schließung der Hauptschule Berghauser Straße

### ■ Interview mit Wolfgang Buchholz, Rektor der Schule

**DIESE GRÜNEN:** Ihre Schule soll geschlossen werden – immer weniger Schülerinnen und Schüler, und viele an Ihrer Schule kommen nicht einmal aus Cronenberg

Buchholz: Unsere Hauptschule ist die einzige mit steigenden Schülerzahlen. Eltern und Presse sind begeistert, das spricht sich herum. Bei uns holen viele Schulformwechsler auf und machen einen angemessenen Schulabschluss. Viele Eltern schicken ihr Kind zu uns, auch wenn sie die Fahrtkosten selbst tragen müssen, weil sie von der Qualität überzeugt sind.

**6.000 Unterschriften gegen die Schließung – ein beeindruckender Protest. Warum bekommen Sie so viel Unterstützung aus dem Stadtteil?**

Wir haben eine besonders gute Medien- und Raumausstattung. Die Eltern fragen zunehmend nach Förder- und Betreuungsmaßnahmen und sind mit dem differenzierten Angebot der Schule sehr zufrieden. Auch Industrie, Handwerk und Handel in Cronenberg stehen fast ausnahmslos hinter der Schule. Ihnen möchte ich ausdrücklich danken. Sponsoren

haben uns Ende 2004 beim umfangreichen Ausbau des Infomatikbereichs unterstützt. Mittlerweile können die Schülerinnen und Schüler von jedem Raum aus ins Internet, auch von zu Hause. Unsere Lehrkräfte sind geschult, den Einsatz der Medien möglichst effektiv zu gestalten und eigenverantwortliches Lernen der Schüler zu fördern. Wir legen großen Wert auf die Berufswahrvorbereitung mit viel Beratung und Training, auch von Experten. Durch die guten Kontakte zu den regionalen Firmen und Verbänden können wir den allermeisten Schülern jedes Jahr Praktikumsplätze, Bewerbungstrainings und auch Ausbildungsplätze anbieten.

**Was würde der Wuppertaler Schullandschaft insgesamt bei einer Schließung fehlen?**

Zahlreiche kulturelle Veranstaltungen, Engagement zur Gewaltprävention, konkrete Bildungsvereinbarungen mit allen Eltern und Schülern, zwei Sozialpädagogen, die integrative Stufe, die Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf mit einbezieht, Förderklassen für Migranten, Nachmittagsbetreuung für Kinder von berufstätigen



Eltern, regelmäßige Klassenfahrten als soziale Lerneinheiten...

**Welche Aktionen sind noch geplant, um den Beschluss des Rates zu verhindern?**

Wir setzen auf die Macht guter Argumente. Die Eltern planen ein Bürgerbegehren. Am 19.4.2008 haben sie ein Benefizkonzert im Cronenberger Festsaal (Partyservice Schmidtke) organisiert. Die Einnahmen sind für Aktionen für den Erhalt der Schule

bestimmt. Die Schüler haben weitere öffentlichkeitswirksame Ideen.

**Wie beurteilen Sie den Schulentwicklungsplan insgesamt?**

Kaum war der Plan veröffentlicht, haben SPD und CDU völlig überraschend eine sechste Gesamtschule angekündigt. Alle Prognosezahlen, die dem Plan zugrunde liegen, müssen neu gerechnet werden. Die Vorschläge zur Schließung zweier Hauptschulen

sind überholt. Klar ist: Wir brauchen über das Stadtgebiet verteilt gute und akzeptierte Schulen mit hohem Entwicklungspotential, mit hohen Ressourcen und hohem Engagement aller Beteiligten. Der Rat hat die sechste Gesamtschule beschlossen, weil weitaus mehr Eltern ihr Kind dort anmelden wollten, als die Gesamtschulen aufnehmen konnten. Dies begrüße ich ausdrücklich. Ein solcher Elternwille ist auch in Cronenberg klar erkennbar und muss respektiert werden.

## Zwei Hauptschulen weniger, eine Gesamtschule mehr

### ■ Schulentwicklungsplan nicht zu Ende gedacht

**Es gibt immer weniger Nachwuchs und deshalb auch immer weniger Schülerinnen und Schüler. Gleichzeitig wird ihre gute Bildung und Ausbildung immer wichtiger, weil der Rohstoff der Zukunft in den Köpfen der Menschen steckt, nicht mehr in fossilen Energien.**

Umso wichtiger ist ein durchdachtes Konzept für die weiterführenden Schulen in Wuppertal. Genau das sollte der Schulentwicklungsplan

eigentlich werden, und deshalb ist auch das Ergebnis so enttäuschend. Zwei Hauptschulen werden geschlossen. Alle anderen Schulen, Gymnasien und Realschulen, bleiben erhalten, es wird aber auch hier immer weniger Schülerinnen und Schüler geben. Bei diesem Ergebnis bleibt der Plan stehen. Von einer qualitativen Weiterentwicklung der Schullandschaft kann keine Rede sein.

Positiv am Schulentwicklungsplan ist der Beschluss, endlich eine sechsten Gesamtschule zu schaffen. Diese

Entscheidung trägt den drängenden Probleme in der Schulpolitik und dem Elternwillen Rechnung. Rund sechshundert Schülerinnen und Schüler wollen jedes Jahr auf die Gesamtschule, werden aber abgelehnt. Jetzt kommt es auf die richtigen Rahmenbedingungen an, z. B. sollte die Stadt Träger der Schule sein. Falsch ist aus unserer Sicht die Schließung der Hauptschule Berghauser Straße in Cronenberg. Auch die Eltern und die örtliche Wirtschaft sind empört: ausgerechnet diese vorbildliche, stark

vernetzte, engagierte und erfolgreiche Schule mit bestem Ruf, eine die dem landläufigen Image von Hauptschulen trotzt und beweist, wie erfolgreich die Schulform sein kann. Die Gemeinschaft Cronenberger Unternehmer bezeichnet die Arbeit der Schule, ihrer Leitung und der Mitarbeiter in einem Brief an den Oberbürgermeister vom 13.02.2008 als hervorragend. Die GRÜNEN fordern, nach einer Alternative zu suchen, die einerseits die unbestritten notwendige Anpassung der Schullandschaft

an die zurückgehenden Schülerzahlen berücksichtigt, andererseits aber keine funktionierenden Strukturen zerschlägt. Eine Möglichkeit wäre eine Verbundschule in Wuppertal, wobei laut Schulgesetz unterschiedliche Schulformen organisatorisch zusammengefasst werden können. Es ist nun an der großen Koalition im Stadtrat, sich einem solchen kreativen Ansatz nicht zu verschließen und der Cronenberger Hauptschule somit zu ermöglichen, ihre hervorragende Arbeit weiterzuführen.

## Protest gegen doppelt unsinnige Kopfnoten

### ■ Bürokratie-Wahn in den Schulen



Foto: privat

**1.300 Schülerinnen und Schüler haben am 29.01.2008 gegen die Kopfnoten auf den Zeugnissen in NRW demonstriert.**

Das Wuppertaler SchülerInnenparlament hatte zur Demo unter der Schirmherrschaft des GRÜNEN Bürgermeisters Lorenz Bahr eingeladen. Die Wuppertaler GRÜNEN unterstützen sie in ihrem Protest.

Das Leben könnte ja so einfach sein: Keine Gespräche mehr, keine

wochenlangen Bemühungen, einen Menschen näher kennen zu lernen. Ein Blick auf das Zeugnis eines Menschen reicht, und schon hat man den kompletten Einblick in das Wesen des Gegenübers. So stellen sich konservative Schwarz-Weiß-Denker den Sinn von Kopfnoten vor. Dabei sind sie in Wirklichkeit überflüssig und reine Zeitverschwendung.

Sechs Noten gibt es, je eine für Leistungsbereitschaft, Zuverlässigkeit und Sorgfalt, Selbstständigkeit, Ver-

antwortungsbereitschaft, Konfliktverhalten und Kooperationsfähigkeit. Das Notenspektrum reicht von eins bis sechs. Aber eine solche Bewertung geht vollkommen an der Realität vorbei. Erstens bewerten die Kopfnoten Eigenschaften, für die nicht die Kinder verantwortlich sind, sondern vielmehr das Elternhaus und die Institution Schule – diejenigen nämlich, die den Kindern und Jugendlichen die Tugenden vermitteln sollen. Belastet werden mit schlechten Noten aber die Schülerinnen und Schüler selbst. Für die Befürworter von Kopfnoten sollen sie Hinweise auf Verbesserungsmöglichkeiten geben. Konstruktive Kritik braucht aber mehr als eine Ziffer. Was nützt es zu wissen, dass das Sozialverhalten „ausreichend“ ist? Diese Erkenntnis hilft nicht, das eigene Verhalten zu verbessern. Angst vor schlechten Noten demotiviert. Besser wäre eine ermutigende Beschreibung und unterstützende Hilfe bei der Verbesserung des

Arbeits- und Sozialverhaltens. Die Schule der Zukunft geht diesen – aufwändigeren – Weg, die konservative Schule von gestern vergibt Kopfnoten, wie sie einst die Großeltern der heutigen Kinder bekommen haben. Außerdem schaffen die Kopfnoten eine Menge Bürokratie. Wenn eine Lehrerin in einer einzigen Klasse mit 30 Kindern sechs Kopfnoten pro Halbjahr auf jedem Zeugnis vergeben muss, sind das für sie pro Jahr 360 zusätzliche Noten – das kostet Zeit, die für den Unterricht fehlt. Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft rechnet vor: Wenn sich die Lehrerinnen und Lehrer für die Kopfnoten nur vier Minuten Zeit nehmen, brauchen wir bei zweieinhalb Millionen Schülerinnen und Schülern in NRW 1.100 zusätzliche volle LehrerInnenstellen. Die will die Landesregierung natürlich nicht einstellen und lässt die Lehrerinnen und Lehrer mit dieser Mehrbelastung allein.

## Impressum

**Herausgeberin:**  
Ratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN  
Rathaus Barmen, 42269 Wuppertal  
Tel. 0202. 563. 6204 Fax: 0202. 59 64 88  
E-mail: fraktion@gruene-wuppertal.de  
Internet: www.gruene-wuppertal.de

**MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:**  
Gerta Siller, Peter Vorsteher (V.i.S.d.P.)  
Sylvia Meyer (Redaktion), Bettina Brücher,  
Michael Hohagen, Klaus Lüdemann, Gabriele  
Mahner, Paul Yves Ramette, Marc Schulz

**Gastbeiträge:**  
Haimo Bullmann, Rheinischer Verein für  
Denkmalpflege und Landschaftsschutz  
Detlef Besenbruch, ASV  
Ismail Ibrahim, Streetworker

Interview mit Wolfgang Buchholz, Rektor der  
Hauptschule Berghauser Straße

Alle Fotos, soweit nicht anders  
gekennzeichnet: Jörg Lange

**Satz, Gestaltung und Druck:**  
talwild gmbh, Herderstraße 1, 42327 Wuppertal

**Auflage: 26.965**

Diese Ausgabe liegt u.a. aus im ADA, Wiesen-  
straße; AIDS-Hilfe e.V., Friedrich-Ebert-Str.  
109-111; ASTA, Berg. Universität; Behindert - na  
und? e.V., Friedrich-Ebert-Straße 109-111; BUND,  
Luisenstraße 108; Café Moritz, Höhe 22; Cinema,  
Berliner Straße; Forum Maximum im Rex, Kipdorf  
29; Katzensgold, Untergrünwaldstraße 3; Nach-  
barschaftsheim, Platz der Republik; Lebensbaum,  
Sophienstraße;

**Die Abgabe ist kostenlos!**

## Vorgestellt: das GRÜNE Team

■ Paul Yves Ramette



Den wunderbaren Namen hat er vom Vater, die fast erwachsene Tochter von seiner Frau und sein Engagement bei den GRÜNEN hat er – von der SPD. Jedenfalls auf Umwegen. Denn schon mit 16 Jahren trat er der SPD bei. Schon früh politisch aktiv, wurde er 1999 Ratsmitglied der Stadt Wuppertal. Sein Verständnis von Demokratie, Transparenz und Öffentlichkeit passte aber nicht zur Parteispendenaffäre um den damaligen SPD-Oberbürgermeister Kremendahl und den Investor Uwe Clees. Paul Yves Ramette wollte wissen, was wirklich los war, und mit ihm noch einige andere aus der SPD. Gemeinsam gründeten sie die Gruppe „Neustart SPD“ und bemühten sich um Aufklärung, wollten Antworten auf offene Fragen. Weil sie diese aber nicht bekamen, kam es zum Bruch mit der SPD. Paul Yves Ramette und einige andere damalige SPD-Mitglieder wechselten zu Bündnis 90/Die GRÜNEN. Bei den

GRÜNEN, sagt der gelernte Sozialversicherungsfachangestellte und Elvis-Fan, hat er seine neue politische Heimat gefunden (auch wenn sie ganz so neu mittlerweile nun nicht mehr ist). Seine Frau hat er übrigens gleich mitgebracht. Transparenz als ein Grundprinzip in der politischen Arbeit ist dem ausgesprochenen Familienmenschen ein Herzensanliegen. Viel zu viele haben schon das Vertrauen in Politik und sachorientierte Entscheidungen verloren. Paul Yves Ramette kümmert sich vor allem um die Interessen von Kindern und Jugendlichen. In den Arbeitskreisen Jugendhilfe/Schule und Jugendhilfe/Soziales war in den letzten Jahren ein kostenfreies Schulesen für Kinder wirtschaftlich schwacher Eltern sein zentrales Anliegen. Aktueller Schwerpunkt seiner Arbeit im Bereich der Jugendhilfe ist die lokale Umsetzung des Kinderbildungsgesetzes, aber auch die Frage, wie man Kinder bes-

ser vor Missbrauch und Misshandlung schützen kann.

Paul Yves Ramette lebt seit zwanzig Jahren mit Regina Orth zusammen, die er während seiner Zivildienstzeit kennen lernte. Seit zwölf Jahren sind sie verheiratet, und auch seinem Arbeitgeber, der BARMER, blieb er seit der Ausbildung treu. Heute arbeitet er dort als Sachgebietsleiter in Elberfeld und hört nach Feierabend gerne Rock'n'Roll. In seinem Wohnort Cronenberg engagiert sich Paul Yves als Vorsitzender im Verein zur Förderung der Kinder- und Jugendarbeit in Cronenberg e.V., der das Jugendhaus in der Händlerstraße betreibt. In der Bezirksvertretung Cronenberg ist er als beratendes Ratsmitglied aktiv. Wenn dann noch Zeit bleibt, verbringt er sie gern mit der Familie. Am Wochenende trifft man die drei (oder zwei) auf der Sambatrass. Und im Urlaub geht es am liebsten – na klar, nach Frankreich.

## GRÜNER Zukunftskongress

Chancengleichheit durch Bildung und soziale Sicherung

Teilhabe und Gerechtigkeit – zu diesen Themen hat der GRÜNE Bezirksverbandes Niederrhein-Wupper einen Zukunftskongress am 01. März organisiert. Viele VertreterInnen aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft, Gewerkschaft und Kirche diskutierten in Remscheid, analysierten Bildungspolitik und Soziale Sicherung und diskutierten über die Aufgaben der Zukunft. In der ersten Runde ging es mit Dr. Uwe Becker von der Diakonie Rheinland, Guntram Schneider (DGB NRW), Hans-Georg Crone-Erdmann (IHK NRW) und dem GRÜNEN Landesvorsitzenden Arndt Klocke darum, wie viel Ungerechtigkeit unsere Gesellschaft tragen will. Danach ging es in Workshops weiter. In einem ging es um Bildungsgerechtigkeit für alle. Einig waren sich alle Beteiligten darin, dass mehr individuelle Förderung unverzichtbar sei und ein anregend gestaltetes soziales Umfeld. In einem zweiten Workshop ging es um Demografie und soziale Sicherung: auch die demografische Entwicklung stellt die sozialen Sicherungssysteme vor Probleme. Auch Armutslöhne, unterbrochene Erwerbsbiographien und Langzeitarbeitslosigkeit führen weiterhin zu Löchern in der Rentenkasse. Menschen mit solchen Lebensläufen und niedrigen Renten brauchen im Alter ergänzende Sozialleistungen, also Geld vom Staat. Fazit: Die Sozialversicherungspflicht soll auf

alle BürgerInnen ausgedehnt werden. Im dritten Workshop wurde über den Anspruch „Ausbildung für alle“ diskutiert und ob es sinnvoll sei, von Firmen, die nicht ausbilden, eine solidarische Abgabe zu verlangen. Im öffentlichen Dienst müsse auf jeden Fall mehr ausgebildet werden, und die Ausbildungsinhalte gehörten entschlackt. Eine vierte Gruppe beschäftigte sich mit dem Problem, dass immer mehr Menschen trotz Arbeit in Armut leben und auf zusätzliche Sozialleistungen angewiesen sind. Notwendig sind eine menschenwürdige und ausreichende Entlohnung und viel höhere Investitionen z.B. in Kindertagesstätten und Schulen. Auch das Abschlusspodium war spannend: Nina Scheer (UnternehmensGRÜN), Reinhard Bütikofer (Bundesvorsitzender der GRÜNEN), Florian Gerster (Präsident des Verbandes der Postdienstleister) und Oliver Keymis (MdB GRÜNE NRW) gingen der Frage nach, wie viel Gerechtigkeit der Markt trägt. Zentrales Thema war hier erneut der Mindestlohn. Die Sichtweisen zwischen „besser Arbeit zu einem Niedriglohn als gar keine“ (Gerster) und „Sozialpolitik ist nur möglich, wenn die Freiheit des Marktes durch Standards einen Rahmen bekommt“ (Bütikofer) ermöglichten eine lebhaft Diskussion. Für die GRÜNEN bleibt der Mindestlohn wichtiger Bestandteil der Sozialpolitik.



Foto: privat

## Auch arme Familien sollen Kindergartenbeiträge zahlen

■ oder warum Remscheider Eltern glücklicher sind

Seit dem 01.08.2008 können die Städte und Gemeinden in NRW selbst entscheiden, wie viel ein Kindergartenplatz bei ihnen kosten soll. Zuvor waren die einheitlich geregelt. Eine soziale Staffelung ist weiterhin Pflicht. Im Vergleich mit anderen Städten fällt Wuppertal hier leider weiter zurück.

CDU und SPD haben beschlossen, dass schon Eltern mit einem Bruttojahreseinkommen von nur 12.500 Euro den Beitrag zahlen müssen. Das sind kaum mehr als 1.000 Euro im Monat, Steuern und Sozialabgaben gehen vom Gehalt noch herunter – da bleibt nicht viel zum Leben. CDU und SPD haben sich entschieden, auch arme Familien zur Kasse zu bitten. Denn nach der geltenden Definition sind diejenigen arm, die weniger als 60 Prozent des durchschnittlichen monatlichen Nettoeinkommens eines Haushalts zur Verfügung haben. Wer ein Kind allein erzieht, gilt als arm, wenn er weniger als etwa 17.000 Euro brutto im Jahr hat. Bei Alleinerziehenden

mit zwei Kindern liegt die Grenze zum Armutsrisiko bei etwa 20.700 Euro brutto pro Jahr.

Nach Ansicht der GRÜNEN gehört die Grenze, ab wann Elternbeiträge fällig werden, deutlich weiter nach oben, nämlich auf 18.000 Euro brutto. Selbst wer nur einen tariflichen Mindestlohn von 7,50 Euro pro Stunde bekommt, verdient im Jahr etwa 15.480 Euro – also mehr als die Eltern, die in Wuppertal nun schon Beiträge für den Kindergartenplatz bezahlen müssen.

Wuppertal zählt zu den zehn Städten Deutschlands, in denen die meisten verschuldeten Menschen leben. Seit langem ist bekannt, dass sich Armut in Deutschland vererbt, genau wie schlechte Bildungschancen. Das Fundament für Bildung und Teilhabe an unserer Gesellschaft wird nicht erst in der Schule, sondern schon im Kindergarten gelegt. Kinderbetreuung und Kinderbildung darf deshalb gerade in Wuppertal nicht teurer sein als in benachbarten Städten. Leider haben all diese von GRÜNER Seite vorgetragenen Argumente weder im

Jugendhilfeausschuss noch im Stadtrat zu einem Umdenken seitens CDU und SPD geführt. In stoischer Gelassenheit – ohne auch nur einen einzigen Diskussionsbeitrag – beschloss CDU und SPD die unsozialen Einkommensgrenzen für Kindergartenbeiträge in Wuppertal.

In Remscheid hat der Stadtrat hingegen eine weitaus sozialere und solidarischere Finanzierung der Betreuungskosten ermöglicht. Dort müssen Eltern bis zu einem Jahreseinkommen von 18.000 Euro keine Beiträge zahlen. Außerdem orientieren sich in unserer Nachbarstadt die Beiträge noch konsequenter am tatsächlichen Einkommen der Eltern. In Wuppertal endet die Solidarität bei 71.000 Euro, in Remscheid gibt es bis zu einem Einkommen von 100.000 Euro zwei zusätzliche Einkommensstufen. Seit 2006 kann man zwei Drittel aller Betreuungskosten bis maximal 4.000 Euro pro Jahr von der Steuer absetzen. Da wären diese zusätzlichen Einkommensstufen für gut verdienende Eltern auch in Wuppertal durchaus gerecht. Glückliches Remscheid!

## Baby-Begrüßungspaket

■ GRÜNES Signal für Kinder durchgesetzt

**Kinder willkommen! Weil Wuppertal sich über jedes Kind freut, gibt es demnächst für alle frisch gebackenen Eltern ein Baby-Begrüßungspaket mit allen wichtigen Informationen für das Leben mit dem Nachwuchs. Die GRÜNEN haben schon im November 2007 im Rat der Stadt einen entsprechenden Antrag gestellt, nun ist er beschlossene Sache.**

Kinder erziehen ist eine Herausforderung. In Wuppertal werden Eltern mit der neuen Situation nicht allein gelassen, sondern bekommen direkt jede Menge konkrete Hilfe, praktische Tipps und verschiedene Gutscheine an die Hand (z.B. für den Besuch einer Eltern-Kind-Veranstaltung in der Familienbildungsstätte). Auch Informationen rund um die Gesundheit und Vorsorge des Kindes, Adressen und Angebote der Wuppertaler Organisationen sollen eine echte Starthilfe sein. Wir möchten Eltern in ihrer Erziehungsverantwortung fördern. Das Paket ist nicht nur das Signal einer kinderfreundlichen Stadt, sondern

gleichzeitig auch ein echter Fortschritt im Kinderschutz. Denn nichts hilft besser als Vorbeugen. Mit dem Baby-Begrüßungspaket bekommen Eltern von Anfang an einen guten Kontakt zu den KinderärztInnen, die ihnen das Paket überreichen. Das ist gut, denn die regelmäßigen Vorsorgeuntersuchungen sind wichtig.

Die GRÜNEN hätten sich gewünscht, dass geschulte MitarbeiterInnen der Stadt den Eltern das Begrüßungspaket persönlich zu Hause überreichen. Das wäre eine gute Gelegenheit gewesen, schnell zu erkennen, wenn Familien Hilfe brauchen oder sogar das Wohl des Kindes in Gefahr ist. Für diese Variante fehlt angeblich das Geld. Möglicherweise hätte man aber durch Umschichtung innerhalb der Verwaltung ausreichendes Personal für die Aufgabe zur Verfügung stellen können. Auch die Sachkosten halten sich sehr in Grenzen, denn die Landesregierung wird die Kosten für das Baby-Begrüßungspaket übernehmen. Ein wichtiger Schritt in die Richtung zu mehr Familienfreundlichkeit in Wuppertal ist es aber allemal.

## Gastkommentar: Sportliche Menschen

■ – menschlicher Sport, Höchstleistungen beim Schwimmen von *Detlef Besenbruch, ASV Wuppertal*

Die Schwimmabteilung des Allgemeinen Sportvereins Wuppertal organisiert seit ca. 30 Jahren Schwimmfeste in der Stadt, eigene Veranstaltungen, aber auch für den Schwimmverband NRW oder für den Deutschen Schwimmverband. Das Team ist eingespielt, die Aufgaben gewohnt. Neuland haben wir im letzten Jahr betreten und die Landesmeisterschaften der Schwimmer des Behinderten Sportbundes NW organisiert. Den Anstoß dazu gaben die GRÜNEN. Und das hat sich so richtig gelohnt. Welche Freude wir dabei hatten, kann nur nachvollziehen, wer dabei war. Wenn man erlebt hat, mit welchem Ehrgeiz und welcher Freude und vor allem mit wieviel Spaß die Aktiven ihre Wettkämpfe bestritten



Foto: privat

haben, der sieht seine eigenen sportlichen Aktivitäten sicherlich in einem anderen Licht. Das Wesentliche sagte (nicht behinderter) Beteiligter am Beckenrand: „Man muss nicht nur sehen, was der Mensch sportlich leisten kann, sondern auch das, was der Sport menschlich leisten kann.“ Wir freuen uns, dass mit der Landesmeisterschaft ein herzlicher Kontakt mit dem Behinderten Sportbund NW entstanden ist und wir auch dieses Jahr die Meisterschaften ausrichten dürfen. Spannend wird es sicher auch deshalb, weil es am 20. April im Schwimmsportleistungszentrum auch um die Qualifikation für die paralympischen Spiele 2008 in Peking gehen wird. 80 aktive SportlerInnen aus 18 Vereinen in ganz NRW werden

ihr Bestes geben. Eine große Hilfe für die Aktiven ist dabei die Unterstützung durch die GRÜNEN, denn Bürgermeister Lorenz Bahr übernimmt wieder die Schirmherrschaft für diese Veranstaltung.

Wir würden uns sehr freuen, wenn sich viele Besucherinnen und Besucher von dem besonderen Sportgeist dieser Meisterschaft anstecken ließen und sich persönlich davon überzeugen würden, dass auch behinderte Menschen sportliche Höchstleistungen vollbringen können. Die beste Motivation sind volle Zuschauerränge!

**Wir sehen uns also hoffentlich am 20. April ab 11.00 Uhr im Schwimmsportleistungszentrum Wuppertal.**

## Keine Massentierhaltung im Landschaftsschutzgebiet!

### ■ 24.000 Hühner am Fettenberger Weg?

Immer mehr Menschen möchten nur noch Bio-Eier auf dem Frühstückstisch haben. Eier von glücklichen, freilaufenden Hühnern auf dem Bauernhof, die gesundes Futter bekommen haben. Die Nachfrage ist da, der Bedarf wächst und muss befriedigt werden.

Die Bio-Eier-Produktion ist im großen Stil angelaufen. Jeder Supermarkt hat sie im Sortiment zu günstigen Preisen. Auf Basis der EU-Öko-Verordnung scheint viel für den Tier- und Verbraucherschutz getan worden zu sein. Was aber auf den ersten Blick nach ökologischer Errungenschaft klingt, entpuppt sich bei näherer Betrachtung als Mogelpackung. Denn die EU-Öko-Verordnung ist umstritten. Bis zu 3.000 Hennen sollen in einer Herde gehalten werden, maximal 6.000 in einem Stallgebäude, nicht mehr als sechs Tiere pro Quadratmeter Fläche – natürlich eine Verbesserung im Vergleich zu der Quälerei in den Käfigen einer Legebatterie. Aber wenn man VerbraucherInnen fragt, wie sie sich vor-

stellen, dass Bio-Hennen leben, antworten sie sicher nicht: sechs Hühner auf einem Quadratmeter.

Erlaubt ist nach der EU-Norm auch mehrere Ställe aneinander zu bauen. Auslauf muss es an mindestens 150 Tagen im Jahr geben, es sei denn, es ist gerade einmal wieder Vogelgrippe-Alarm. Dann müssen die Hennen drinnen bleiben. Der örtliche Besitzer eines Groß-Legehennen-Stalls sagt, es komme auch schon einmal zu Kannibalismus unter den Hühnern, dies sei normal. Daher solle sich auch niemand an den halbnackten Hühnerkörpern auf den Stangen stören. Gegenseitiges Federn picken sei bei Bio-Hennen im 3.000er-Stall nichts Außergewöhnliches. Artgerechte Haltung? Dieser Hühnerbaron, der außer im Bergischen auch in Norddeutschland tätig ist, plant am Rande von Dönberg eine weitere Hühnerfarm am Fettenberger Weg. In unmittelbarer Nähe an der Nordrather Straße auf Velberter Gebiet betreibt er eine Hühnerfarm mit 40.000 Legehennen in Käfig- oder Bodenhaltung. Nicht

weit davon entfernt liegt der „Biopark“ mit 23.000 vermeintlich glücklicheren Bio-Hennen, schön säuberlich in Herden von maximal 3.000 Tieren untergebracht, durch Trennwände unterteilt. Nach EU-Öko-Verordnung ist alles o.k., das Geschäft boomt. Der Gedanke, unser Frühstücksei könnte dorthin stammen, verdirbt allerdings selbst den Appetit auf Kaffee.

Nun soll der nächste Stall am Fettenberger Weg kommen. Auf seinem Grund und Boden plant besagter Landwirt, die neue, durchaus begrüßenswerte Vorliebe der VerbraucherInnen nach Bio-Produkten zu stillen. Die Behörden prüfen zur Zeit nach Recht und Gesetz ohne öffentliche Beteiligung, ob der Bau zulässig ist. Eine Genehmigung ist zu erwarten. Etwa 100 mal 25 Meter misst ein Gebäude für 8 mal 3.000 Biohennen. Ca. 6 Millionen Bio-Eier pro Jahr würden hier voraussichtlich produziert werden, inmitten eines hübschen, für erholungssuchende StädterInnen und AnwohnerInnen idyllischen Landschaftsschutzgebietes, nicht weit von



den Naturschutzgebieten Deilbachtal und Kruedenscheider Siefen. Vor Ort bei einem Treffen mit der Bürgerinitiative Fettenberger Weg konnten sich VertreterInnen der GRÜNEN aus Wuppertal und Velbert davon überzeugen, dass eine Hühnerfarm für 24.000 Legehennen einen immensen Flächenverbrauch bedeuten würde, die Landschaft würde zerstört und zersiedelt. Ein anschließender Besuch des bestehenden „Bioparks“ machte deutlich, dass die Massentierhaltung von 24.000 Biohennen nichts mit der Vorstellung von fröhlich

scharrenden Hühnern auf dem Bauernhof zu tun hat. Die GRÜNE Fraktion wird nachfragen, mit welchen Beeinträchtigungen der Natur und Landschaft zu rechnen ist.

Den geplanten Eingriff in eine intakte Landschaft halten die GRÜNEN für überdimensioniert. Eine Hühnerfarm mit 24.000 Tieren bedeutet nichts anderes als industrielle Massenproduktion. Und die ist nicht nur falsch, sie gehört auch nicht ins Landschaftsschutzgebiet!

Weitere Infos: [www.fettenberg.de](http://www.fettenberg.de)



Foto: privat

## ANZEIGE

### Auf ins Grüne! Politische Wanderungen mit Ihnen

Auf ins Grüne! Haben Sie schon einmal eine politische Wanderung gemacht?

Am 13. April gab es die erste Gelegenheit dazu. Zu sehen waren Orkanschäden von Kyrill und Emma und die Folgen für unsere Wälder. An der Seite von Umweltdezernent Harald Bayer und GRÜNEN Mitgliedern des Stadtrats konnte mensch das Nützliche mit dem Angenehmen verbinden: Informationen über Politik, Natur und Umwelt, die Gesellschaft netter Menschen und Natur pur.

Die nächste politische Wanderung ist schon geplant, wir werden uns unter fachlicher Begleitung und dem Thema „**Kleine Höhe und 24 Jahren Bürgerwiderstand gegen das geplante Industriegebiet**“ am **08. Juni 2008** auf den Weg ins Grüne machen. Weitere Infos und Einladungen bekommen Sie im Parteibüro unter Tel. 0202/87811. Die Wanderungen dauern etwa drei Stunden, inklusive Fachvortrag und Pausen. Für einen kleinen Imbiss wird gesorgt, deshalb bitte anmelden und feste Schuhe nicht vergessen!

Alle, die vorher schon mal sympathische Leute und leckeres Essen verbinden möchten, sind herzlich zum nächsten **Brunch im GRÜNEN Parteibüro** eingeladen: **26.04.08**, 11 Uhr, Oberbergische Straße 8. Anmeldung unter 0202-87811. Nette FreundInnen oder Bekannte sind natürlich ebenfalls willkommen!

## Jugendgewalt WIRKSAM vorbeugen

■ Podiumsdiskussion mit Wuppertaler Migrationsvereinen

Jugendgewalt – ein Thema, bei dem viele Gänsehaut bekommen. Roland Koch machte es zum Wahlkampfthema in Hessen, eine Schlamm-schlacht um vermeintlich gewalttätige jugendliche Migranten. Die GRÜNE Ratsfraktion in Wuppertal meint, dass man sich ernsthaft und gründlich mit dem Thema beschäftigen muss – vor allem mit der Frage, wie man Jugendgewalt am besten vorbeugen kann. Dazu haben auf ihre Initiative für den 11. Februar 13 Wuppertaler Migrationsvereine in den Ratssaal eingeladen, um der Sache gemeinsam mit Menschen, die nah dran sind, auf die Spur zu kommen.



Der beste Schutz vor Jugendgewalt ist, junge MigrantInnen eine gleichberechtigte Teilnahme in der Gesellschaft zu ermöglichen. Aber wie kann eine solche Unterstützung gelingen? Auf dem Podium diskutierten Erol Celik von Anadolu Wuppertal e.V., Zeynep Demirel, Alevitische Gemeinde Wuppertal e.V., der Polizeipräsident Joachim Werries, Arif Izgi aus der SPD-Ratsfraktion, Dr. Stefan Kühn, Sozialdezernent der Stadt Wuppertal, Arnold Norkowsky aus der CDU-Ratsfraktion und Peter Vorsteher aus der Ratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN. Eine große Runde: Wir wollten alle Seiten hören. Alle Fakten der letzten Jahre belegen: Die gewalttätigen Jugendlichen werden eher weniger, und mit einem

schärferen Jugendstrafrecht wäre nichts gewonnen. Klar ist auch: Integrationspolitik darf sich nicht darauf beschränken zu definieren, was MigrantInnen zu lernen, zu respektieren und zu befolgen haben. Ihr Ziel muss echte Chancengleichheit bei der Bildung, auf dem Arbeitsmarkt und in allen anderen gesellschaftlichen Bereichen sein. Denn wer mitten drin ist, muss weder auf seine aussichtslose Lage aufmerksam machen noch Frust in Gewalt umsetzen. Die Migrationsvereine selbst engagieren sich für die Jugendlichen, sie bieten eine ganze Palette von Angeboten, die auch von den Jugendlichen wahrgenommen werden: von der Hausaufgabenhilfe über Bewerbungstraining

über Musikunterricht bis zu sportlichen Aktivitäten. ARGE und freie Träger bieten verschiedenste Kurse an, die Angebote reichen aber nicht aus. Wir brauchen mehr Initiativen auf kommunaler Ebene. Dabei gibt es Vorreiter wie Ismail Ibrahim, der im Gastkommentar von seinen Erfahrungen mit Jugendlichen im Vohwinkeler Feld berichtet. Kurz bevor die Jugendlichen die positiven Erfahrungen an andere weitergeben konnten, endete das Projekt ohne Chance auf Weiterführung. Hier ist viel Potenzial verloren gegangen. Fazit der Veranstaltung: Die Diskussion ist richtig und muss weitergeführt werden, eine weitere Veranstaltung mit dem Schwerpunktthema Bildung soll folgen.

## Gastkommentar: Perspektiven

■ einer zeitgemäßen Sozialarbeit von Ibrahim Ismail

Im Rahmen meiner Tätigkeit als Kulturmediator und Streetworker konnte ich mir ein Bild der Jugendlichen im sozialen Brennpunkt Vohwinkeler Feld machen. Die meisten der Jungen entstammen Familien mit Migrationshintergrund. Nachdem ich einen Eindruck ihrer Verhaltensmuster gewonnen hatte, erkannte ich, dass sie ihre kognitiven Fähigkeiten und Potenziale häufig unterschätzten und deshalb demotiviert und wenig wissbegierig waren. Stattdessen suchten sie täglich Spaß und Ablenkung. Dazu kamen Probleme der Jugendlichen (in der Schule, im Elternhaus etc.), und alles zusammen resultierte in einem sozial auffälligen Verhalten. Ich erkannte daher, dass es nicht sinnvoll war, mich nur reaktiv um die Identifizierung und Lösung ihrer Pro-

bleme zu bemühen. Erst recht nicht konnte eine Beschäftigungstherapie eine Änderung herbeiführen. Mein primäres Ziel war daher vielmehr, die Jugendlichen für Bildung empfänglich zu machen und ihnen dadurch ein anderes Bewusstsein zu ermöglichen. Ich wollte den Jugendlichen beibringen, mit ihren eigenen Problemen umzugehen bzw. sie selbst zu lösen. Also gründete ich eine Gruppe aus acht sozial benachteiligten und verhaltensauffälligen Jugendlichen mit Migrationshintergrund (Marokko, Russland, Polen und der Türkei), bei denen ich versuchte, durch Theorie und Praxis eine derartige Entwicklung herbeizuführen. Nachdem dies erfolgreich war, war es mein Anliegen, die Erfolge dieser Gruppe auf eine größere Zahl von Jugendlichen zu übertragen, indem ich sie zu Multiplikatoren in ihrem Stadtteil ausbildete. Diese Multiplikatortätigkeit hatte zwei besonders positive Effekte: Erstens vermittelten die Multiplikatoren Werte, die von vielen Kindern und Jugendlichen des Stadtteils angenommen wurden, und zweitens ging die Jugendkriminalität laut Angaben der Polizei daraufhin stark zurück. Von den acht ‚Neue Wege‘-Mitgliedern, schafften es sieben in die gymnasiale Oberstufe. Zum Ende des Projektes waren 16 Jugendliche in der ‚Neue Wege‘-Gruppe. Das erfolgreiche Projekt musste leider wegen fehlender finanzieller Mittel beendet werden.



Foto: privat

## Kein Elektromog mitten im Wohngebiet!

■ Handymaste in Wuppertal



Die Risiken und Nebenwirkungen der ständigen Erreichbarkeit sind vielfältig. Hohe Handyrechnungen sind ein Beispiel. Viel gravierender aber sind gesundheitliche Folgen, die genau diejenigen zu spüren bekommen, die in der Nähe von Handymasten wohnen. Die hohen Antennen, die man für die immer dichteren Mobilfunknetze braucht, stehen auch mitten in Wohngebieten. Seit über zehn Jahren bereits werden die Mobilfunknetze in Deutschland auf- und ausgebaut. Ebenso lange weisen KritikerInnen auf die Gesundheitsgefahren der gepulsten elektromagnetischen Felder hin. Schon bei Messwerten, die weit unter den gesetzlichen Grenzwerten liegen, klagen Menschen, die in der Nähe von Mobilfunksendeanlagen wohnen, über Schlafstörungen, Kopf-

schmerzen, Änderungen des Blutbildes und andere Probleme. Gut, dass es Menschen gibt, die das ernst nehmen: In Wuppertal trifft sich regelmäßig der Vorstand von LIMES NRW, der Landesinitiative Mobilfunk und Elektromog. LIMES arbeitet insbesondere nach dem Vorsorgeprinzip. Es geht um eine bessere Planung. Weniger, aber klug gewählte Standorte für die Masten in der Stadt sollen Abhilfe schaffen und die Belastungen für die Menschen minimieren. Dem Konzept von LIMES folgend hat die GRÜNE Ratsfraktion im vergangenen Jahr im Rat beantragt, dass die Stadt zusammen mit den Mobilfunkbetreibern ein Konzept für Wuppertal entwickelt. Ziel soll sein, mit weniger Mobilfunkmasten auszukommen und besonders kritische Standorte ganz aufzugeben.

Der Rat erklärte den GRÜNEN Antrag vor kurzem für erledigt. Gleichwohl schlug die Verwaltung nur wenige Wochen später vor, einen Mast an der Albertstraße am Schenkendorfplatz in Heckinghausen (weiter oben am Hang) aufzustellen und dort eine Mobilfunkbasisstation zu installieren. Damit wäre die kritische Anlage an der Albertstraße zwar nicht überflüssig, aber immerhin könnte der Teil der Anlage, der gegen den Hang strahlt, abgeschaltet werden. Wir halten den Mast am Schenkendorfplatz grundsätzlich für eine sinnvolle Lösung. Um die Menschen zu entlasten, fordern wir aber, den Mast weiter weg von den Wohnhäusern aufzustellen, 100 Meter würden schon genügen. Die Schülerinnen und Schüler, die auf dem Sportplatz einmal pro Woche trainieren, sind übrigens nach Meinung von Fachleuten nicht gefährdet. Erst ab einer Dauerbelastung von mindestens vier Stunden pro Tag wird der Elektromog spürbar und gefährlich. Auch in Elberfeld soll eine neue Mobilfunkanlage entstehen, und zwar auf den LEG-Häusern in der Neuen Nordstraße, nicht weit vom Mirker Bahnhof. Die Anlage soll die Station auf dem Bunker am Platz der Republik ersetzen, denn der Bunker wird bald abgerissen. Wir halten den Standort auf den LEG-Häusern inmitten von jeder Menge AnwohnerInnen für unverantwortlich und schlagen stattdessen vor, die Anlage auf einen Mast im Gewerbegebiet zwischen Mirker Bahnhof und Autobahn zu verlegen. Das wäre quasi um die Ecke, aber weitaus sicherer.

### Erklärung der Ratsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN anlässlich der Sondersitzung des Jugendhilfeausschusses am 27.03.2008 zum Tod von Talea

Mit Bestürzung und Trauer haben wir von dem gewaltsamen Tod der fünfjährigen Talea gehört. Den Angehörigen von Talea gilt unser Mitgefühl. Sprachlos macht uns die Tatsache, dass Talea bereits dem Jugendamt in Obhut gegeben wurde. Es ist dem Jugendamt nicht gelungen, sie zu schützen. Verschiedenen Stellen lagen bereits Hinweise vor, dass Talea eines besonderen, weitergehenden Schutzes bedurfte. Die Hinweise wurden ernst genommen und überprüft. Aber auch mit einer Betreuungsintensität, die wir uns in vielen Fällen oft nur wünschen, ist es nicht gelungen, Talea vor dem Tod zu bewahren. Wir werden alles daran setzen, dass der Tod von Talea aufgeklärt werden kann. Wir werden aus diesem und ähnlich gelagerten Fällen Schlüsse ziehen, wie wir in Wuppertal und wie die Jugendhilfe insgesamt Kinder vor Missbrauch und Misshandlung besser schützen kann.



Fahrrad selber kaufen  
**ABO**  
geschenkt

■ Wenn Sie „DIESE GRÜNEN!“ regelmäßig lesen möchten, Coupon ausfüllen und an die Grüne Ratsfraktion, Rathaus, 42269 Wuppertal schicken.

Name

Anschrift

Ich bin als Abonnentin oder Abonnent der Zeitung „DIESE GRÜNEN!“ damit einverstanden, daß bei der Änderung die neue Anschrift durch die Post AG an den Verleger der Zeitung weitergeleitet wird.

## 20.000 leere Wohnungen im Jahr 2025

### ■ Zukunfts-Studie zu Chancen und Herausforderungen

Wer in Wuppertal eine Wohnung sucht, hat Glück: Es gibt viele, die leer stehen. Dieser Zustand wird sich allerdings dramatisch ausweiten: Im Jahr 2025 werden 20.000 Wohnungen in Wuppertal leer stehen. Das sagt das unabhängige wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Beratungsunternehmen empirica voraus.

Das Unternehmen erstellt Studien zur Entwicklung der lokalen Wohnungsmärkte in Großstädten. 20.000 leere Mietwohnungen – kaum vorstellbar, wo Wuppertal doch so sagenhaft schöne Altbauwohnungen zu bieten hat. Dennoch sollen neue Häuser gebaut werden, sagt die Studie, und zwar 3.200 Einfamilienhäuser in den nächsten 20 Jahren. Interessant könnte die Umwandlung von Gründerzeit-Mehrfamilienhäusern in Einfamilienhäuser werden. Die Autoren der Studie mut-

maßen außerdem, dass auch einigen von Wuppertals denkmalgeschützten Häusern die Abrissbirne droht. Was folgert das Beratungsunternehmen aus diesen Erkenntnissen? Wuppertal muss attraktiver werden! Viel Wettbewerb und gute Qualität soll bei günstigen Preisen Investoren und BewohnerInnen anlocken. Dabei ist Wuppertal, etwa im Vergleich zu Düsseldorf, schon heute billig. Wer allerdings als privater Investor versucht, hier ein Mehrfamilienhaus zu kaufen, wird kaum eines bekommen: Ausländische Investor-Gesellschaften (z.B. aus Dänemark) fegen mit Hilfe Wuppertaler Makler den Markt leer, weil sie 15 Prozent mehr als private Investoren zahlen. Es ist kein Zufall, dass samstags kaum Mehrfamilienhäuser in der WZ angeboten werden. Es gibt fast keinen offenen Markt. Die ver-

bliebenen lokalen Hauseigentümer sollten sich zusammenschließen und selbst etwas für mehr Attraktivität in ihrem Viertel tun. Sie sollen sich verbindlich finanziell an baulichen Verbesserungen in ihrer Umgebung beteiligen, um so die Attraktivität auch für ihre Häuser zu erhöhen. Das erste Wuppertaler Projekt wurde im Januar auf dem Ölberg gegründet. Modellprojekte mit Landesförderung gibt es bereits in Köln und Dortmund.

empirica schlägt auch konkrete Projekte in den Stadtteilen vor. So soll etwa aus dem Parkplatz an der Ecke Ludwigstraße/Gathe ein kleiner Park angelegt werden und der Bolzplatz an der Schusterstraße wird schöner gestaltet. Insgesamt ist die Studie eine Bereicherung für Wuppertal – viele gute Ideen, leider werden nicht alle umgesetzt.

## Die WestLB verzockt sich...

### ■ ...und das kommt Wuppertal teuer zu stehen

Die Westdeutsche Landesbank (WestLB) hat sich an der Börse kräftig verspekuliert. Nun ist die Bank gerettet, aber um einen sehr hohen Preis, den wir alle zu spüren bekommen werden. Die WestLB bekommt eine Milliardenstütze vom Land NRW. Und das ist nichts anderes als das Geld der SteuerzahlerInnen. Schlimm genug, und eigentlich müsste das Land das gesamte Risiko tragen, da es die Politik der WestLB weitgehend bestimmt. Aber wesentlich beteiligt an der WestLB sind auch die nordrhein-westfälischen Stadt- und Kreissparkassen, und so müssen sie mitbezahlen. Die Krise der WestLB wird aber auch die Stadt Wuppertal teuer zu stehen kommen. Das erklärt sich so: Bisher geht die Stadtparkasse Wuppertal von Kosten von bis zu 16 Millionen Euro aus, wenn Land und Sparkassen mit einer kräftigen Kapitalspritze die Risiken der angeschlagene Bank decken müssen. Der Landschaftsverband Rheinland, eine Verwaltungseinheit zwischen dem Land NRW und den NRW-Kommunen, ist ebenfalls Miteigentümer der WestLB und hat eine Risikodeckung in Höhe von 120 Mio. Euro zugesagt. Dies führt allerdings noch nicht zu zusätzlichen Kosten für die Städte, weil die Landschaftsumlage nicht erhöht, sondern sogar gesenkt wird. Gerade stehen muss Wuppertal für die Fehlspekulationen der Landesbank deshalb, weil die Stadt auf Gewerbesteuern verzichten muss. Denn diese Steuern zahlt die Wuppertaler Sparkasse als Unternehmen an die Stadt. Jetzt, da sie der WestLB Millionen zuschießen muss, ist ihre eigene Bilanz schlechter, und wer weniger erwirtschaftet, zahlt

weniger Gewerbesteuern. Was Wuppertal an Gewerbesteuern nun durch die Lappen geht, sind 3 Mio. Euro – Geld, das dringend gebraucht würde. Denn um jeden Cent für Projekte in Wuppertal wird in stundenlangen Sitzungen gestritten, und nun fehlen die Millionen, die statt in sinnvolle Projekte in ein wackliges Unternehmen gesteckt werden. Die Stadtparkasse Wuppertal, großzügige Spenderin für kulturelle Projekte, bringt die Stadt um größere Summen (3 Mio. Euro), als sie jährlich freiwillig spendet (ca. 2 Mio. Euro). Immerhin: Spenden will die Sparkasse weiterhin im gleichen Umfang, was für viele Vereine wichtig ist. Die fehlenden Einnahmen aus der Gewerbesteuer zwingen die Stadt Wuppertal aber, zusätzliche Kredite aufzunehmen.

Die WestLB wird auch in den nächsten Jahren ein Risiko für die Kommunen in NRW darstellen. Ihr Geschäftsmodell steht auf wackeligen Beinen. Mit der Entwicklung von Produkten und Dienstleistungen für die lokalen Sparkassen in NRW verdient die Bank nur ein Viertel des Umsatzes. Bisher wurde der Rest (drei Viertel) durch riskante Geschäfte wie Spekulationen mit Aktien gedeckt. Weil die Bank sich bei diesen Geschäften verzockt hat, ist die aktuelle Krise eingetreten. Bis 2010 will das Geldinstitut jeden vierten Arbeitsplatz streichen. Wie soll eine tragfähiges Geschäftsmodell für die WestLB aussehen? Die Landesregierung ist gefordert, diese Frage kurzfristig zu beantworten, anstatt weiter Steuergelder zu verschleudern und von Vereinigungen der WestLB mit anderen Landesbanken zu träumen.

## Mitmachen und gewinnen!

### Wer regiert die Stadt wirklich?

In Wuppertal regieren CDU und SPD. Die Opposition gilt als zu vernachlässigen, Entscheidungen trifft man in immer kleinerem Kreis. Was meinen Sie, wer zu diesem exklusiven Club der vier gehört, die an den Stellschrauben der Macht drehen? Wir haben vier Entscheidungsträger in einer Gruppe von insgesamt neun Möglichkeiten versteckt. Spielen Sie mit! Und kreuzen Sie die vier Personen an, die Ihrer Meinung nach im Zentrum der kommunalen Macht stehen:

- Jürgen Büsow (SPD, Präsident des Regierungsbezirkes Düsseldorf)
- Dietmar Bell (Parteivorsitzender der SPD und Ver.di-Geschäftsführer)
- Wolfgang Herkenberg (stellvertretender Parteivorsitzender der SPD und (einer der) WSW-Geschäftsführer)
- OB Peter Jung (CDU)
- Dr. Stefan Kühn (SPD, Sozialdezernent)
- Klaus-Jürgen Reese (SPD, Fraktionsvorsitzender)
- Friedhelm Runge (Präsident der WSV)
- Bernhard Simon (CDU, Fraktionsvorsitzender)
- Dr. Johannes Slawig (CDU, Stadtkämmerer)

Wenn Sie wissen, was „4 gewinnt“ in Wuppertal heißt, nehmen Sie an der Gewinn-Verlosung mit folgenden Preisen teil:

1. **Zum Üben:** das bei allen StrategInnen beliebte Brettspiel Risiko (Ziel: Beherrschung der Welt)
2. **Zum Abgucken:** James Cleughs Buch „Die Medici. Macht und Glanz einer europäischen Familie“ (florentinische Bankiersfamilie beherrschte drei Jahrhunderte lang Florenz)
3. **Zum Vorbereiten:** Niccolo Machiavellis Fürst“ (Pflichtlektüre zur Herrschaftsbildung und -sicherung)

Bündnis 90/DIE GRÜNEN  
Ratsfraktion Wuppertal  
Johannes-Rau-Platz 1  
42269 Wuppertal

fon: (0202) 5 63 62 04  
fax: (0202) 59 64 88  
mail: fraktion@gruene-wuppertal.de  
internet: www.gruene-wuppertal.de

BÜNDNIS 90  
DIE GRÜNEN

## Ratschronik 10.03.08

### WestLB – Desaster teuer

Die Westdeutsche Landesbank hat durch Fehlspekulationen viel Geld verloren. Die GRÜNEN wollen wissen, wie teuer das für Wuppertal wird. Mehr dazu in dem Artikel auf dieser Seite.

### Sechste Gesamtschule

Seit Jahren fordern die GRÜNEN eine sechste Gesamtschule in Wuppertal. Nun haben auch CDU und SPD einen Antrag gestellt. Unterstützung deshalb von den Grünen, aber auch ergänzende Forderungen. Welche das sind, können Sie im Artikel dazu auf Seite 2 lesen.

### Begrüßungspaket für frisch gebackene Eltern

Wuppertal soll kinderfreundlicher werden! Deshalb beantragten die GRÜNEN ein Baby-Begrüßungspaket, in dem alle Infos für den gemeinsamen Start der Eltern mit dem Nachwuchs ins Leben enthalten sind. Warum die

GRÜNEN einen Teilerfolg erzielen konnten, erfahren Sie auf Seite 3.

### Ausstellungsverbot

Die Ausstellung „Vom Polizeigriff zum Übergriff“ bzw. das Verbot von Oberbürgermeister Peter Jung, sie in städtischen Räume zu zeigen, hat in Wuppertal hohe Wellen geschlagen. Die GRÜNEN sprachen sich in der Ratsitzung am 10.03.2008 zum wiederholten Mal gegen das Verbot aus. Viel sinnvoller wäre ein öffentlicher Dialog mit den AusstellungsmacherInnen, um Vorwürfe gegen Polizei und Staat zu thematisieren statt unter den Teppich zu kehren. Bereits in der Sitzung des Ausschusses „Zentrale Dienste“ am 14.02.2008 fragten wir, welche Lehren die Verwaltung aus dem Verbot gezogen hat. Die Antwort: Es war das erste Mal, dass eine Ausstellung verboten wurde, personelle Konsequenzen gegen MitarbeiterInnen wird es nicht geben. Eine Entscheidungshilfe für MitarbeiterInnen, was gezeigt

werden darf und was nicht, gibt es allerdings auch nicht.

### Kindergarten-Gebühren

SPD und CDU beschlossen in der Ratsitzung am 10.03.2008 Kindergartengebühren: Eltern müssen bereits ab einem Bruttojahreseinkommen von 12.500 Euro Beiträge zahlen. Die GRÜNEN wollten diese Grenze sozial gerechter ausgestalten und setzten sich deshalb dafür ein, dass erst ab einem Einkommen von 18.000 Euro Beiträge bezahlt werden sollen. Mehr dazu auf Seite 3.

### Kein Kopfnotenzwang?

Die GRÜNEN beantragen, dass sich der Rat der Stadt gegen die von der Landesregierung verordneten Kopfnoten stark machen soll. Der Antrag wurde von CDU und SPD im Schulausschuss auf die lange Bank geschoben. Warum die Kopfnoten unsinnig sind, können Sie in dem Artikel auf Seite 3 nachlesen.

## Armutzeugnis für die Demokratie

### ■ Dezerntenen: Machtkalkül statt Sachorientierung

In der Ratssitzung am 10.03.08 haben CDU und SPD ihre neuen Dezerntenen mit einer enormen Machtfülle ausgestattet. Die beiden Dezerntenen der kleinen Fraktionen mussten dafür Zuständigkeiten und Gestaltungsmöglichkeiten abgeben.

Dem GRÜNEN Dezerntenen Harald Bayer wird nach dem Ressort Vermessung, Katasteramt und Geodaten jetzt auch die Zuständigkeit für das Umweltressort abgenommen – ein echter Kompetenzverlust. Künftig wird die Umweltpolitik dem Bereich Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr untergeordnet. Zugleich haben CDU und SPD mit dieser Entscheidung Oberbürgermeister Peter Jung bloß gestellt. Der hatte nämlich vor der Wahl den WuppertalerInnen großspurig versprochen, dass unter seiner Regie zwei Dezernatsstellen eingespart würden. Gegen jede Vernunft und Sachorientierung soll das bisher brillant geführte Umweltressort zum nachrangigen Anhängsel des Bereichs Stadtentwicklung, Bauen und Verkehr verkommen. Übrig bleiben für den ausgewiesenen Umweltexperten Harald Bayer jetzt nur noch „Grünflächen und Forsten“ und der Eigenbetrieb Stadtreinigung. Zusätzlich haben CDU und SPD ihm das Gesundheitsamt und das Chemische Untersuchungsamt (CUI) zugewiesen. Das CUI lohnt allerdings schon nicht mehr der Aufzählung, weil es mit

anderen Instituten in eine rechtlich selbständige Institution umgewandelt und nach Krefeld verlagert wird. Der GRÜNE Beigeordnete Harald Bayer hat mit diesem rein machtmotivierten Schachzug von Schwarz-Rot einen derart eingeschränkten Wirkungskreis, dass er weder der Funktion und Aufgabe eines Beigeordneten noch dem städtischen Haushalt gerecht wird. Das ist eine Verschwendung von Steuergeldern und Arbeitskraft auf Kosten des Umweltschutzes. Eiskalt haben CDU und SPD durchgesetzt, worum es ihnen eigentlich ging: den Umweltschutz ins Bedeutungslose zu verlagern. Denn das war mit dem GRÜNEN nicht zu machen. Bayer ist stellvertretender Vorsitzender des Umweltausschusses im Städtetag NRW und vertritt den Städtetag im Landesbeirat für Immissionsschutz beim NRW-Umweltministerium. Besonders peinlich (und unzulässig) ist, dass in Stellenausschreibungen der Verwaltung bereits bundesweit nachvollziehbar ist, an welche Fraktion welches Dezernat zu vergeben ist. Zu Beginn der Ratsperiode ist Harald Bayer mit großer Mehrheit auch mit den Stimmen von CDU und SPD gewählt worden. Dass er jetzt entmachtet wurde und nur noch einen gut bezahlten „Mini-Job“ erhält, zeigt, dass es CDU und FDP nur um Machtmaximierung geht – ein Armutzeugnis für die Demokratie in Wuppertal.